

SAMBIA

Gewerkschaftsmonitor

April 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Sambias Demokratie gilt nach nunmehr drei friedlichen Regierungswechseln als gefestigt, auch wenn die Gewaltenteilung defizitär bleibt und bürgerliche Freiheiten immer wieder unter Druck geraten. Nach Erreichung der Unabhängigkeit im Jahr 1964 und dem Übergang zu einem Einparteiensstaat, der 1974 vom »Vater der Unabhängigkeit« und ersten Staatspräsidenten Kenneth Kaunda initiiert wurde, erfolgten friedliche Regierungswechsel infolge demokratischer Wahlen in den Jahren 1991, 2011 und 2021.

Diese Erfolge sollten aber nicht über eine Reihe fortbestehender Missstände hinwegtäuschen. Das politische System ist stark zentralisiert und auf den Präsidenten zugeschnitten, der beispielsweise die Mitglieder der Wahlkommission und alle wichtigen Richter_innen des Landes ernannt. Korruption und Amtsmissbrauch in Politik und im öffentlichen Dienst sind verbreitet. Der Konkurrenzkampf verschiedener politischer Gruppierungen hat nur wenig mit der Intention zu tun, der Masse der Bevölkerung ein besseres Leben zu bescheren. Vielmehr geht es oft um den Zugang zu den Ressourcen des Staates und deren Verteilung innerhalb der eigenen Klientel. Dieses Vorgehen erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt nach dem Tod von Präsident Michael Sata (2014). Das Gebaren der von 2015 bis 2021 regierenden *Patriotic Front* (PF) unter Präsident Edgar Lungu erinnerte deutlich an die auch aus Südafrika bekannte weitreichende Plünderung staatlicher Ressourcen durch Koalitionen von Politiker_innen, Beamt_innen und führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft. In Sambia war diese Praxis begleitet von Einschränkungen der Freiheit der Medien und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Als Reaktion wurden die letzten landesweiten Wahlen im August 2021 mit deutlichem Vorsprung durch den neuen Präsidenten Hakainde Hichilema (»HH«) und seine *United Party for National Development* (UPND) gewonnen. Hichilema hat die eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten weitestgehend

restauriert, gibt sich wirtschaftsfreundlich und wirbt um ausländische Direktinvestitionen. Auch wurden Schritte zur Dezentralisierung der Entwicklungsfinanzierung sowie zum Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens unternommen. Allerdings sind inzwischen auch deutliche Anzeichen auf Seiten der Regierung wahrzunehmen, die wiederum auf Einschränkungen oppositioneller politischer Aktivitäten und auf pauschaler Ablehnung von Kritik an der eigenen Amtsführung hindeuten. Die Konzentration politischer Macht im Amt des Präsidenten sowie das Korruptionsproblem und seine nur mäßig erfolgreiche Bekämpfung bestehen als zentrale Herausforderungen ebenfalls fort. Ein Abgleiten der Hichilema-Regierung in autoritäre Verhaltensweisen, um bei den nächsten Wahlen im Jahr 2026 die eigene Macht zu sichern, kann nicht ausgeschlossen werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Ein zentrales, andauerndes Problem ist die prekäre Schulsituation des Landes. Im November 2020 wurde Sambia zum ersten Land in Subsahara-Afrika, welches die Bedienung seiner Auslandsschulden aussetzte. Die Verschuldung lag damals im Jahresdurchschnitt bei 140 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Regierung gelang es inzwischen, ein Unterstützungsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie ein Umschuldungsabkommen mit der Gruppe der staatlichen Gläubiger auszuhandeln. Der deutlich größere der beiden sambischen Gewerkschaftsdachverbände, der *Zambia Congress of Trade Unions* (ZCTU) begrüßte den Abschluss beider Abkommen, forderte jedoch mehr Transparenz und Strukturreformen nicht auf Kosten von Arbeitnehmer_innen umzusetzen. Ein Abkommen mit den privaten Gläubigern Sambias lässt weiter auf sich warten.

Die Wirtschaft Sambias hängt stark vom Bergbau ab, der laut dem *Policy Monitoring and Research Centre* in Lusaka ca. 12% zum BIP beisteuert sowie laut *International Trade Administration* etwa 70% der Exporterlöse einbringt. Neben Kupfer werden auch Lithium, Kobalt und Gold gefördert. Daneben gibt es einen großen landwirtschaftlichen und einen dynamischen

Tourismussektor. Letzterer zeichnete vor der Covid-Pandemie laut *African Nature-Based Tourism Platform* für 7,7 Prozent des BSP verantwortlich. Der Dienstleistungs- und der Transportsektor runden das Bild der sambischen Wirtschaft ab. Große Probleme bereitet die geringe Tiefe der Wertschöpfung und die damit einhergehende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes. Von den ca. drei Millionen Beschäftigten des Landes arbeitet nur etwa ein Drittel in der formellen Ökonomie. Und von allen Beschäftigten sind nur ca. 25 Prozent sozialversichert. Dabei sind sowohl die staatliche Renten- als auch die Krankenversicherung dabei, Angebote für informell Beschäftigte zu entwickeln und bereitzustellen. Allerdings scheint im informellen Sektor kein ausreichendes Verständnis des Versicherungsprinzips vorzuherrschen, weil Beiträge oft erst im Fall des Bedarfs an Versicherungsleistungen gezahlt werden.

Trotz relativer politischer Stabilität, reichhaltiger Bodenschätze und sonstiger Ressourcen verharrt die Mehrheit der sambischen Bevölkerung (ca. 60 Prozent) in Armut. Allerdings hat das Land deutliche Fortschritte beim Ausbau seiner sozialen Sicherungssysteme erzielt. Die Zahl der Empfänger_innen des sog. *Social Cash Transfer*, einer Art Sozialhilfe, verdoppelte sich unter der UPND-Regierung zuletzt auf über zwei Millionen Menschen, immerhin gut zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Allerdings gewährleisten die ausgezahlten Beträge allein kein auskömmliches Leben. Sie sind eher als ein Zuschuss zu betrachten. Ähnlich verhält es sich mit dem offiziellen Mindestlohn: Er liegt sehr deutlich unter einem existenzsichernden Einkommen (»living wage«).

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaftsbewegung Sambias sah sich in jüngerer Vergangenheit besonders unter der Lungu-Regierung öfter unter Druck gesetzt. Die beiden Dachverbände – der 1964 gegründete *Zambia Congress of Trade Unions* (ZCTU) und die 1998 registrierte *Federation of Free Trade Unions* (FFTUZ) – wurden gegeneinander ausgespielt. Beispielsweise hatten beide Dachverbände einen Zusammenschluss geplant, wofür sich beide zunächst hätten auflösen müssen. In dieser Situation machte das Gerücht die Runde, die Regierung werde lediglich die FFTUZ wieder zulassen und anerkennen. Der deutliche größere und regierungskritisch eingestellte ZCTU hätte das Nachsehen gehabt. Ein dritter Dachverband wurde kurz nach seiner formalen Gründung im Jahr 2015 wegen Inaktivität wieder aus dem Register gestrichen.

Im April 2020 hatte der damalige Staatspräsident Lungu den ZCTU-Generalsekretär Cosmas Mukuka »im nationalen Interesse« in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ein solcher Schritt war möglich, weil Mukuka von Haus aus Lehrer war und der Staat bzw. der Präsident sein oberster Dienstherr. Nach sambischem Reglement muss ein bzw. eine Gewerkschaftsfunktionär_in über eine Anstellung verfügen. Daher geht mit Verlust der Anstellung auch der Gewerkschaftsposten verloren. Leider führte diese Intervention des Präsidenten, der sich eines unbequemen Kritikers entledigen wollte, nicht zu geschlossenem Widerstand der Gewerkschaftsbewegung. Im Gegenteil, ZCTU-interne Grabenkämpfe brachen offen aus

und gipfelten darin, dass Mukuka von den Vertretern zweier Mitgliedsgewerkschaften wegen seines Ausharrens im Amt verklagt wurde. Es dauerte schließlich bis Ende 2020, bis der ZCTU – im Vorfeld der für das folgende Jahr anstehenden Wahlen – seine Handlungsfähigkeit wiedererlangte. Er meldete sich zurück mit seinem umfangreichen »Workers' Manifesto«, einem Forderungskatalog an die Politik. Zentrale Forderungen betrafen beispielsweise die flächendeckende Gewährleistung von menschenwürdiger Arbeit und die Diversifizierung der Wirtschaft zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die UPND-Regierung (seit August 2021) fährt – oberflächlich betrachtet – einen deutlich weniger konfrontativen Kurs gegenüber den Gewerkschaften. Allerdings gibt es eine zweite große Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung in Gestalt der stetig zunehmenden Zahl registrierter Gewerkschaften. Der ZCTU verfügt inzwischen über ca. 68 Mitgliedsgewerkschaften, Tendenz weiter steigend. Dabei sind so gut wie alle neuen Organisationen Abspaltungen oder Neugründungen in Branchen, die bereits über eine gewerkschaftliche Interessenvertretung verfügen. So gibt es inzwischen beispielsweise 19 Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und acht Lehrer_innen-Gewerkschaften. Schlechte Mitgliederbetreuung und mangelhafte interne Demokratie in den etablierten Gewerkschaften sind zwei Hauptgründe für diese Entwicklung. Lukrativ ist eine Neugründung für die (in der Regel männlichen) Gewerkschaftsführer auch deshalb, weil damit auch gut bezahlte, aus Mitgliedsbeiträgen finanzierte Posten entstehen. Das Resultat sind zahlreiche »gelbe Gewerkschaften«.

Sowohl der Staat als auch die Arbeitgeberseite scheinen diese Entwicklung zu begrüßen, vermutlich weil eine atomistische Struktur aufseiten der Arbeitnehmer_innen leichter zu kontrollieren ist. Die Regierung vertritt offensiv das Recht auf Vereinigungsfreiheit, welches in Artikel 21 der Verfassung des Landes garantiert ist. Viele Arbeitgeber wiederum folgen dem Prinzip »teile und herrsche«, indem sie sich einer (illegalen) Praxis bedienen, bei der Gewerkschaftsmitglieder ohne ihr Wissen und Zutun in eine neugegründete Gewerkschaft übertragen werden. Möglich ist das, weil die Mitgliedsbeiträge direkt über den Arbeitgeber gezahlt werden. Sie werden bei den Lohnzahlungen einbehalten und an die Gewerkschaften weitergeleitet. Auf diese Weise können Arbeitgeber gewissermaßen selbst entscheiden, wer an welche Gewerkschaft Beiträge zahlt. Für die große Masse der Mitglieder hat ihre Mitgliedschaft ohnehin an Bedeutung verloren, weil ihre Gewerkschaft außer durch die Abbuchung von Beiträgen für sie kaum in Erscheinung tritt.

GEWERKSCHAFTEN IN SAMBIA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaftsbewegung Sambias spielte im Kontext der Erlangung der Unabhängigkeit 1964 eine zentrale Rolle. Als signifikante gesellschaftliche Kraft mobilisierte sie für die Unabhängigkeit und genießt seitdem Ansehen in der

Bevölkerung. Im Zuge der fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik des Gründer-Präsidenten Kenneth Kaunda (Amtszeit von 1964 bis 1991) verschlechterte sich das Verhältnis zwischen dem ZCTU und dem Staatspräsidenten allerdings zunehmend. Schließlich spielten die Gewerkschaften eine aktive Rolle bei der Bildung des Oppositionsbündnisses *Movement for Multiparty Democracy* (MMD). Nach Wiederzulassung eines Mehrparteiensystems gewann der Gewerkschaftsführer Frederick Chiluba im Jahr 1991 gegen Kaunda die Wahl zum Staatspräsidenten. Chilubas Amtszeit (1991 bis 2001) war ihrerseits von zahlreichen Konflikten geprägt. Da er die Organisationsmacht der Gewerkschaften gut kannte, versuchte Chiluba aktiv die Bewegung zu schwächen und Zwietracht zu sähen. Obwohl Chiluba nie in Sambia verurteilt wurde, gilt seine Amtsführung als von Machtmissbrauch und Korruption geprägt.

In der öffentlichen Meinung gelten die Gewerkschaften aufgrund ihrer historischen Rolle weiterhin als wichtige gesellschaftliche Kraft, auch wenn ihre Fähigkeit zur Mobilisierung von Mitgliedern inzwischen stark begrenzt ist. Diese Einschränkung ist allerdings im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Situation zu sehen. In den späten Kaunda-Jahren, als es drastische Versorgungsengpässe gab, verfügten die Gewerkschaften über signifikantes Mobilisierungspotenzial.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaften und Dachverbände sind derzeit größtenteils nicht eindeutig parteipolitisch zu verorten. Zwar können die meisten Vorstände bzw. Vorsitzenden bezüglich ihrer parteipolitischen Präferenzen zugeordnet werden. Allerdings sind diese Loyalitäten nicht fix, sondern wechseln mit den Amtsinhabern. Häufig wechselt das gewerkschaftliche Führungspersonal im Kielwasser von Regierungswechseln. Zudem haben solche Zuordnungen zumeist informellen Charakter. Offizielle parteipolitische Positionierungen von Gewerkschaften kommen kaum vor.

Aufgrund des weitgehend stagnierenden Beschäftigungsniveaus in der formellen Ökonomie verändert sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad nur wenig. Aufgrund der fortschreitenden Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft verteilen sich die Mitglieder allerdings auf immer mehr Organisationen. Seitens der Dachverbände werden zunehmend Anstrengungen unternommen, die Beschäftigten in der informelle Ökonomie zu organisieren. So wurden bisher zwei Zusammenschlüsse von informell Beschäftigten als assoziierte Mitglieder in den ZCTU aufgenommen.

Innerhalb des ZCTU und in einigen seiner Mitgliedsgewerkschaften macht die Etablierung von Geschlechtergerechtigkeit Fortschritte. In den Jahren 2021 und 2022 wurde ein umfassender partizipatorischer Gender-Audit nebst Aktionsplan erstellt. Bei den Neuwahlen des ZCTU-Vorstands im Dezember 2022 wurden erstmals zwei Frauen in das Gremium gewählt. Das Vorstandssekretariat verfügt über eine gut aufgestellte Abteilung für *Women and Youth*. Die Führungsriege wird zwar noch immer von Männern dominiert, sie lässt aber eine zunehmende Sensibilisierung zu diesem Thema erkennen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Bis 1990 verfolgte die Kaunda-Regierung einen »one union, one industry«-Ansatz, sie ließ also lediglich Branchengewerkschaften zu. Dies änderte sich mit der Liberalisierung der Wirtschaft, die im Wesentlichen vom IWF im Zuge eines Struktur-anpassungsprogramms initiiert worden ist.

Kapitel 269 des aktuell gültigen *Industrial and Labour Relations Act* regelt u. a. die Gründung von Gewerkschaften. Angehörige des Justizvollzugsdienstes, Richter_innen und Gerichtsbedienstete sind vom Recht des Beitritts zu einer Gewerkschaft ausgenommen. Das Gesetz enthält zwei sehr kontroverse Passagen. Erstens müssen offizielle Wahlen zur Besetzung von Gewerkschaftsgremien durch einen bzw. eine Beamt_in (*Labour Commissioner*) des Arbeitsministeriums durchgeführt werden. Dieser bzw. diese kann dabei auch über die Zulassung von Kandidat_innen entscheiden. Diese Regelung verstößt nach Ansicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gegen ihre Konventionen und auch gegen die sambische Verfassung. Eine diesbezügliche Klage vor dem sambischen Verfassungsgericht, welche von der FFTUZ erhoben wurde, ist bislang nicht verhandelt worden. Zweitens legt das Gesetz fest, dass Gewerkschaftsfunktionär_innen einen Arbeitsvertrag in der Branche vorweisen müssen, in der ihre Gewerkschaft tätig ist. Dieser Passus wird vor allem angewendet, um kritische Stimmen aus der Gewerkschaftsbewegung zu entfernen. Das bisher prominenteste Beispiel betraf den bis Dezember 2022 amtierenden ZCTU-Generalsekretär Cosmas Mukuka.

Zuletzt wurde die Arbeitsgesetzgebung im Jahr 2019 novelliert. Das neue Gesetz brachte mehrere Verbesserungen für Arbeitnehmer_innen, etwa bei den Urlaubsregelungen und beim Mutterschutz. Außerdem werden nun bei zeitlich befristeten Arbeitsverträgen Bonus-Zahlungen von 25 Prozent des Jahresgehalts fällig. Während diese Regelung Arbeitgeber davon abhalten sollte, Arbeitsverhältnisse zu befristen, drängen nun immer wieder Arbeitnehmer_innen auf einen befristeten Vertrag, um in den Genuss der vorgeschriebenen Extrazahlung zu gelangen.

Auf nationaler Ebene gibt es den *Tripartite Labour Council* (TLC), welcher die Regierung unter Beteiligung der beiden Dachverbände berät und u. a. die Höhe des Mindestlohns verhandelt. Auf Antrag können Arbeitgeber allerdings von der Zahlung des ohnehin sehr bescheidenen Mindestlohns entbunden werden, etwa wenn sie angeben, in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet zu sein.

Sambia hat alle zehn ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Bisher nicht übernommen wurde allerdings ein seit 2014 bestehendes Protokoll zum Übereinkommen über Zwangsarbeit. Kinderarbeit ist vor allem in der Landwirtschaft verbreitet, laut amtlichen Angaben waren im Jahr 2022 insgesamt über 400.000 Kinder davon betroffen.

Tabelle 1:
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Sambia

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Zambia Congress of Trade Unions (ZCTU, Gewerkschaftsbund Sambias)	Blake Mulala (Vorsitzender) Joy Beene (Generalsekretär)	284.270 (laut IGB 2022) in 65 Mitgliedsgewerkschaften	IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund), IGB Afrika SATUCC (Verband der Gewerkschaften im südlichen Afrika) OATUU (Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit)
Federation of Free Trade Unions of Zambia (FFTUZ, Föderation der Freien Gewerkschaften Sambias)	Chingati Msiska (Vorsitzender) Victor Muyumba (Generalsekretär)	ca. 50.000, in zehn Mitgliedsgewerkschaften	SATUCC

Tabelle 2:
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Sambia

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Mitglieder (laut ZCTU/FFTUZ)	Internationale Mitgliedschaften
Basic Education Teachers Union (Gewerkschaft der Lehrkräfte an Grundschulen)	ZCTU	57.724	Education International (EI)
National Union of Commercial and Industrial Workers (NUCIW) (Nationale Gewerkschaft der Beschäftigten in Handel und Industrie)	ZCTU	41.857	IndustriALL, UNI
Zambia National Union of Teachers (Nationale Gewerkschaft der Lehrkräfte Sambias)	ZCTU	22.945	EI
Civil Servants and Allied Workers Union (Gewerkschaft für öffentlich Bedienstete und verwandte Tätigkeiten)	ZCTU	22.675	Public Services International (PSI)
Secondary School Teachers Union of Zambia (Gewerkschaft der Lehrkräfte an Sekundarschulen)	ZCTU	ca. 22.000	EI
Zambia United Local Authorities Workers Union (Sambische Gewerkschaft der vereinigten Beschäftigten in Lokalverwaltungen)	ZCTU	ca. 18.000	PSI
Mineworkers' Union of Zambia (Gewerkschaft der Beschäftigten im Bergbau)	ZCTU	ca. 17.000	IndustriALL
Zambia Union of Financial and Allied Workers (Gewerkschaft der Beschäftigten der Finanzbranche und verwandter Tätigkeiten Sambias)	FFTUZ	ca. 5.000	UNI

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Löhne und Gehälter werden meist auf Unternehmensebene verhandelt. In einigen Branchen existieren bilaterale Dialog- und Verhandlungsforen, vorausgesetzt, es gelingt den Gewerkschaften, sich zu einigen und gemeinsam aufzutreten. Klassische Branchengewerkschaften gibt es aufgrund der oben geschilderten Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft nicht mehr. Arbeitskämpfe bzw. Streiks sind aufgrund eines vorgeschriebenen und komplizierten Schlichtungsverfahrens nahezu unmöglich. So ist eine Arbeitsniederlegung nur legal, wenn das Arbeitsministerium zuvor das Scheitern der Schlichtung festgestellt hat. Die Folge sind gelegentliche spontane und unorganisierte Arbeitsniederlegungen von Belegschaften, etwa als Reaktion auf Missbrauchsfälle oder ausgefallene Lohnzahlungen. In diesem Kontext sorgen vor allem Betriebe für Schlagzeilen, die unter chinesischer Führung stehen, wobei diese Beobachtung nicht notwendigerweise repräsentativ ist.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Organisationsmacht der Gewerkschaften ist nicht nur durch die Gesetzgebung begrenzt, sondern vor allem durch die Spaltung in zwei Dachverbände und die zunehmende Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung immer neuer Organisationen. Die Gründe für Neugründungen bzw. Abspaltungen sind in mangelnder interner Demokratie und schlechter Mitgliederbetreuung zu suchen, aber auch im Einkommensinteresse der Funktionärschicht, die sich durch Gründungen neue Posten schaffen kann. Die im Dezember 2022 neugewählte Führung des ZCTU ist sich dieser Situation bewusst. Dabei wird die Ansicht, die Vermehrung der ZCTU-Mitgliedsgewerkschaften bedeute eine Schwächung, nicht von allen Führungskräften geteilt, weil das »Masse ist Macht«-Prinzip verfolgt wird. So ist teilweise die Unwilligkeit aufseiten des Dachverbands anzutreffen, die satzungsgemäß vorgeschriebenen demokratischen Standards unter den Mitgliedsgewerkschaften einzufordern, was dazu führen

könnte, Abspaltungen aufgrund interner Unzufriedenheit zu reduzieren. Zu erwähnen ist hier auch, dass gemäß sambischer Rechtsprechung der ZCTU sich nur in die internen Angelegenheiten seiner Mitgliedsorganisationen einschalten kann, wenn er von den beteiligten Akteuren dazu aufgefordert wird. Andere Mitglieder der ZCTU-Führung sehen das Problem der Spaltung und der daraus resultierenden Schwächung deutlich. Inwieweit die ZCTU-Führung hier erfolgreich gesteuert, ist noch nicht abschließend festzustellen. Die Regierung lässt ihrerseits bisher keine Bereitschaft erkennen, dem Wildwuchs an Gewerkschaften entgegenzuwirken, auch wenn dieses Phänomen inzwischen auch auf der Arbeitgeberseite mit der jüngst erfolgten Gründung eines weiteren Dachverbands aufzutreten scheint.

Seit dem Regierungswechsel im August 2021 hält sich die ZCTU-Führung zunächst mit öffentlichen politischen Stellungnahmen stark zurück. Man scheint die positiven Signale zur Dialogbereitschaft der Hakainde-Regierung nutzen zu wollen, um erst einmal im informellen Dialog Einfluss auszuüben. So hat die Regierung unter Mitwirkung der beiden Dachverbände jüngst eine Erhöhung des Mindestlohns für Januar 2024 beschlossen. Dabei liegt auch das neue Lohnniveau weiterhin deutlich unter dem Existenzminimum. Zur Formulierung weiterreichender wirtschafts- und sozialpolitischer Stellungnahmen scheint es dem ZCTU auch an Expertise und Kapazität zu fehlen. Angesichts der Größe der sambischen informellen Ökonomie und des Mangels an wirtschaftlicher Diversifikation gäbe es viel Raum für ein entsprechendes gewerkschaftliches Engagement.

Fritz Kopsieker, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sambia

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Britta Utz, Referentin Südafrika,
Gewerkschaften und Soziale Gerechtigkeit
britta.utz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.